



## Protokoll der 14. Sitzung des Einwohnerrates

vom 20. Dezember 2017, 17.00 Uhr, im Landratssaal

**Anwesend:** 38 Mitglieder

**Entschuldigt:** Ratsmitglieder Baumgartner Verena (GL) und Bühler Joel (SP)

Traktanden	Laufnummer
1. Ersatzwahl von einem Mitglied des Kindergarten- und Primarschulrates für die restliche Amtsperiode bis 31. Juli 2020 ://: <i>Einstimmige Wahl von Yvonne Ballmer als Mitglied des Kindergarten- und Primarschulrates für die restliche Amtsperiode.</i>	2017/70
2. Budget und Jahresprogramm 2018 - Berichte Stadtrat, Finanzkommission (FIKO) sowie Bau- und Planungskommission (BPK) ://: <i>Genehmigung Budget und Jahresprogramm 2018.</i>	2017/61 2017/61a 2017/61b
3. Sicheres Velofahren auf Kantonsstrassen - Zweiter Bericht Stadtrat zum Postulat der Bau- und Planungskommission für sicheres Velofahren auf den Kantonsstrassen in Liestal ://: <i>Vom stadträtlichen zweiten Bericht zum Postulat wird einstimmig Kenntnis genommen und das Postulat einstimmig bei 1 Enthaltung als erfüllt abgeschrieben.</i>	2011/152 2011/152a 2011/152b
4. Pumptrack - Interpellation „Ein Pumptrack für Liestal“ von Singoh Nketia und Dominique Meschberger namens der SP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2017/63
5. Kunststoffrecycling - Schriftliche Antwort Stadtrat zur Interpellation „Kunststoffrecycling in Liestal - wie weiter?“ von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2017/66 2017/66a
6. KITAS-Subjektfinanzierung - Schriftliche Antwort Stadtrat zur Interpellation „Neue Subjektfinanzierung KITAS - Elternbeiträge seit 1.1.2016“ von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion <i>Die Interpellation wird vom Stadtrat beantwortet und ist somit erledigt.</i>	2017/67 2017/67a
7. Fahrplankonferenz - Interfraktionelles Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion und von Rolf Gutzwiller namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Wiedereinführung der Liestaler Fahrplankonferenz ://: <i>Das Postulat wird einstimmig an den Stadtrat überwiesen.</i>	2017/68

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP) begrüsst die Anwesenden zur letzten Ratssitzung im Kalenderjahr 2017.

### **Mitteilungen des Ratsbüros sowie des Ratspräsidiums**

Vom Ratsbüro wird folgende Mitteilung gemacht:

Die Ratsmitglieder werden gebeten, den Rückmeldetalon betreffend dem Jahresschlussessen vom 31. Januar 2018 bis am Schluss der heutigen Sitzung dem Ratsschreiber abzugeben.

### **Tischpapiere**

Den Ratsmitgliedern sind folgende Tischpapiere verteilt worden:

- Stimmausweis, rosa
- ER-Vorlagen Nr. 2017/61c und Nr. 2017/67a (Vorlagen zu traktandierten Geschäften)
- ER-Vorlage Nr. 2017/69 und Nr. 2017/71 (neue Vorstösse)
- Jahresschlussessen vom 31. Januar 2018, Einladung

### **Neue persönliche Vorstösse**

- Bauschutt und/oder Recycling - Interpellation „Entsorgung von Bauschutt und/oder Recycling“ von Dominique Meschberger der SP-Fraktion (Nr. 2017/69)
- Bahnhofpaten - Postulat betreffend Bahnhof-Patenschaft von Verena Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2017/71)

### **Stimmenzähler/innen**

Auf Vorschlag des Ratsbüros werden als Stimmenzähler/innen bestimmt:

- |                         |  |
|-------------------------|--|
| - Meyer Denise (SVP)    | Seite A (SP, GL)                       |
| - Imsand Bruno (FDP)    | Seite B (SVP, CVP/EVP/GLP)             |
| - Quensel Marianne (GL) | Seite C (FDP) + Präsidium, Referent/in |

### **Persönliche Erklärungen / Fraktionserklärungen**

Von den Fraktionen und den Ratsmitgliedern werden keine Erklärungen abgegeben.

### **Mitteilungen des Stadtrates**

Stadtrat Franz Kaufmann informiert darüber, dass der QP Bahnhofcorso an der Abstimmung vom 26. November 2017 angenommen und per Ende November auch die Rathausstrassen-Sanierung abgeschlossen werden konnte. An dieser Stelle möchte er dem Einwohnerrat den besten Dank für seine Unterstützung bei diesen grossen Geschäften aussprechen.

### **Traktandenliste**

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass aus dem Rat keine Wortbegehren betreffend der Traktandenliste der heutigen Sitzung angemeldet werden.

://: Der Rat beschliesst die Traktandenliste gemäss Einladungsschreiben vom 06. Dezember 2017.

**113 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**1. Ersatzwahl von einem Kindergarten- und Primarschulratsmitglied für die restliche Amtsperiode bis 31. Juli 2020 (Nr. 2017/70)**

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten auf das Wahlgeschäft unbestritten ist.

Auf die Ausschreibung im Liestal aktuell vom 7. Dezember 2017 sind keine weiteren Wahlvorschläge eingegangen.

Pia Steinger (CVP/EVP/GLP) stellt die von der Mittefraktion vorgeschlagene Kandidatin kurz vor: Frau Yvonne Ballmer ist 1963 geboren und lebt seit 21 Jahren in Liestal. Sie ist verheiratet und hat 2 Kinder von 16 und 18 Jahren. Sie ist Betriebsökonomin HWV und ist zur Zeit Verwalterin der Katholischen Kirchgemeinde Bruder Klaus in Liestal. Sie ist im Vorstand der CVP Sektion Liestal tätig, ist Mitglied der Synode der Römisch-katholischen Landeskirche Baselland und in ihrer Freizeit spielt sie sehr aktiv Volleyball.

Dominique Meschberger (SP) erklärt, dass ihre Fraktion durchaus nicht daran zweifelt, dass eine gute Kandidatin zur Wahl vorgeschlagen wurde, würde es aber begrüssen, künftig vorgeschlagene Kandidaten vorgängig der Wahl diese besser kennen lernen zu können.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass aus dem Rat keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden. Da aus dem Einwohnerrat niemand eine geheime Wahl wünscht, kann über den Wahlvorschlag offen abgestimmt werden.

://: Frau Yvonne Ballmer, geb. 1963, wird einstimmig als Mitglied des Kindergarten- und Primarschulrates für die restliche Amtsperiode vom 1. Februar 2018 bis 31. Juli 2020 gewählt.

**114 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**2. Budget und Jahresprogramm 2018 - Berichte Stadtrat, Finanzkommission sowie Bau- und Planungskommission (Nr. 2017/61)**

Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) informiert anhand einer projizierten Folie über den Ablauf betreffend der Beratung und Beschlussfassung des Budget sowie Jahresprogrammes 2018:

**1. Eintreten**

**2. FIKO-Bericht (Nr. 2017/61a)**

*Vorstellen Bericht durch FIKO-Präsident*

**3. BPK-Bericht (Nr. 2017/61b)**

*Vorstellen Bericht durch BPK-Präsident*

**4. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen**

*Ergänzungen Stadtrat*

**5. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung**

*(keine Stellungnahmen zu Anträgen)*

**6. Einzelredner: Gesamtwürdigung**

*(keine Stellungnahmen zu Anträgen)*

**7. Anträge**

7.1 Einzelantrag von Benjamin Holinger (GL)

7.2 Stellungnahme Stadtrat zu Berichten/Anträgen

7.3 Fraktionssprecher

7.4 Einzelsprecher

7.5 Abstimmung über Anträge

7.6 Schlussabstimmung

\* \* \* \* \*

**1. Eintreten**

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass das Eintreten vom Einwohnerrat nicht bestritten wird.

://: Das Eintreten auf das Geschäft wird einstimmig beschlossen.

**2. FIKO-Bericht (Nr. 2017/61a)**

Fabian Eisenring (SP) informiert über die wichtigsten Punkte des FIKO-Berichtes gemäss Vorlage Nr. 2017/61a bzw. ausgewählten Themenschwerpunkte der Kommissionsberatung. Im Zusammenhang mit den Sozialhilfekosten ist es äusserst wichtig, dass die Ausgleichs-Gemeindeinitiative vorangetrieben wird und die Gemeinden vom Kanton fair behandelt werden. Das hohe Niveau der Sozialhilfekosten konnte stabilisiert werden und es wurde auch aufgezeigt, dass möglichen Sozialhilfemissbräuchen konsequent nachgegangen wird. Die FIKO ist auch der Meinung, dass Missbräuche klar bestraft werden sollen und doch sollte bei diesbezüglichen Abklärungen sensibel vorgegangen werden. Seit 2010 sind die Schülerzahlen auch wegen der Vorwärtsentwicklung Liestals deutlich angestiegen, wobei im Bereich der speziellen Förderung ein überproportionaler Anstieg festzustellen ist. Dem Stadtrat und der Verwaltung wird der beste Dank für die gute Zusammenarbeit im Zusammenhang mit dem Budget 2018 ausgesprochen und die Genehmigung der stadträtlichen Anträge empfohlen.

### **3. BPK-Bericht (Nr. 2017/61b)**

Thomas Eugster (FDP) nimmt Bezug auf den BPK-Bericht gemäss Vorlage Nr. 2017/61b und stellt fest, dass seine Kommission insbesondere die Budget-Positionen und Investitionen unter CHF 300'000.-- geprüft hatte, welche im Rahmen des Budget 2018 beschlossen werden und nicht als Sondervorlage in den Rat kommen. Für das Jahr 2018 ist wiederum eine starke Investitionstätigkeit vorgesehen. Alle Fragen der BPK wurden vom Stadtrat und der Verwaltung zufriedenstellen beantwortet. Die Kommission beantragt dem Rat, dem Budget 2018 gemäss den stadträtlichen Anträgen zuzustimmen.

### **4. Stadtrat: Ergänzungen, Stellungnahmen**

Stadtrat Daniel Spinnler dankt als Mitglied der stadträtlichen Finanzdelegation für die wohlwollende Prüfung des Budget 2018 und zustimmenden Anträge der Kommissionen. Auch wenn man den Entwicklungs- und Finanzplan anschaut, wird man feststellen, dass es weiterhin eine Herausforderung sein wird, einen möglichst ausgeglichenen Finanzhaushalt gestalten zu können. Wegen den starken Investitionen in den nächsten drei Jahren wird man auch mit negativen Zahlen abschliessen. Die wichtigsten Aufgaben möchte er doch noch einmal kurz in Erinnerung rufen. Die Wachstumsstrategie muss weitergeführt werden, damit in Liestal weitere natürliche Personen bzw. Steuerzahler zuziehen und auch für die juristischen Personen sollen Voraussetzungen geschaffen werden, damit diese in Liestal Arbeitsplätze anbieten können. Gemäss aktuellen Medienberichten werden bezüglich der wirtschaftlichen Entwicklung sehr gute Prognosen für das Jahr 2018 gemacht. Wie in den Kommissionsberichten zu lesen ist, wird vom Stadtrat die Ausgabenseite aktiv gesteuert und trotz den gemachten Hausaufgaben ist es halt wegen den Strukturen in unserem Kanton halt so, dass wir bei den Sozialhilfekosten überproportional belastet sind und deshalb ist es wichtig, dass die Ausgleichsinitiative kommt und auch angenommen wird. Wichtig ist auch die Abstimmung vom 4. März 2018 betreffend der Fairness-Initiative, denn auch der Stadtrat hält daran fest, dass die Rückzahlung des Kantons an die Gemeinden erfolgt. Mit rund 8 Mio. wird die Deckungslücke bei der Pensionskasse rückwirkend im 2017 eingestellt. Auch nach dem Abschluss der Bauarbeiten bei der Rathausstrasse muss das Stedtl weiterhin gestärkt und noch attraktiver gemacht werden. Die Investitionen im 2017 und 2018 können mit der Selbstfinanzierung nicht geschultert werden und es wird zu einer weiteren Verschuldung kommen, doch sollten sich diese Investitionen auch wieder langfristig auszahlen. Auch bei den Spezialfinanzierungen schaut man auf eine gute Umsetzung der Gebühren zu Gunsten einer guten Wasserversorgung usw. Betreffend dem Gebührenreglement Wasser und Abwasser kann er darüber informieren, dass man nach der kantonalen Vorprüfung nun noch auf den Bescheid des Preisüberwachers wartet.

### **5. Fraktionssprecher: Gesamtwürdigung**

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) bemerkt, dass vom Stadtrat und der Verwaltung ein transparentes Budget 2018 vorgelegt wurde, die Fragen der FIKO wurden zeitverzugslos beantwortet. Der Aufwand übersteigt im 2018 erstmals die Grenze von 50 Mio. CHF, wobei es bei der Rechnung 2012 noch rund 37 Mio. CHF waren. Das heisst, dass der Aufwand in den letzten 5 Jahren eine starke Steigerung von rund einem Drittel bzw. durchschnittlich 5 % pro Jahr erfahren hat. Markant sind nebst den zunehmenden Sozialhilfekosten beispielsweise auch die Kosten im Bildungsbereich, welche von 12,6 Mio. CHF auf 18,2 Mio. CHF zugenommen haben. Die Einnahmen haben hingegen in der gleichen Zeitspanne durchschnittlich nur etwa 3 % pro Jahr zugenommen und somit tut sich die Schere länger und mehr auf. Man kann schon sagen, dass je weiter die Zukunft weg ist, desto rosiger wird sie bewertet. So prognostizierte der Stadtrat im Jahre 2013 beim Entwicklungsplan 2014-2018 noch einen Überschuss in der Erfolgsrechnung und gemäss vorliegendem Budget 2018 wird nun ein Verlust

von über einer halben Million veranschlagt. Mit einer gehörigen Portion Skepsis stimmt die Mittefraktion dem Budget 2018 zu.

Michael Durrer (GL) meint, es sei auf die sorgfältigen Arbeiten des Stadtrates und der Verwaltung zurückzuführen, dass das Budget 2018 keine grossen Überraschungen beinhaltet und sich dieses trotz dem Defizit im Rahmen der Erwartungen bewegt. Die gute Transparenz hatte sich vor allem in der FIKO-Beratung gezeigt, wurden doch beispielsweise die Fragen der Kommission vom Stadtrat und der Verwaltung offen beantwortet. Auch bei schwierigen Themen oder Fragen hatte man nie das Gefühl bekommen, dass man etwas beschönigen wolle. Konsequenter wird die Entwicklung Liestals vorwärts getrieben und es werden Massnahmen ergriffen, um ein grösseres Defizit abwenden zu können, wobei man dabei nicht auf wichtige Investitionen verzichtet oder ganz einfach planlos den Sparhammer schwingt. Liestal stellt sich im Sozialhilfebereich seiner Verantwortung, denn trotz der überproportionalen Belastung werden nicht Leistungen gekürzt oder Einsparungen auf dem Buckel der Ärmsten gemacht. Mit diversen Massnahmen versucht man, dass die hohen Sozialhilfekosten zumindest stabil bleiben. Von den steigenden Sozialhilfekosten sind alle Gemeinden betroffen und das Problem lässt sich wohl nur mit Solidarität lösen. So macht es sicher keinen Sinn, wenn sich Gemeinden Sozialhilfeempfänger zuschieben. Es muss zwingend ein Ausgleichsmechanismus zu Gunsten der überproportional belasteten Gemeinden installiert werden. Fairness würde auch bedeuten, dass Liestal wegen der Entwicklung in den letzten Jahren zusätzlich noch mit einem Härtefallbeitrag entlastet würde. Es kann ja nicht sein, dass Gemeinde trotz guter Arbeit und ohne Selbstverschulden unter Druck kommt und in seinem finanziellen Handlungsspielraum derart eingeschränkt wird.

Bruno Imsand (FDP) hält fest, dass sich die FDP-Fraktion mit dem transparenten Budget 2018 wohl fühlt. Liestal ist betreffend den Sozialhilfekosten ein Spezialfall und braucht deshalb die Solidarität aller Gemeinden des Kantons mittels der lancierten Ausgleichsinitiative. Bei der Ertragsseite habe man festgestellt, dass die all zu optimistischen Wachstumsprognosen der letzten Jahre wohl doch nicht in diesem Umfang eintreten werden und deshalb ist der Stadtrat betreffend der Bevölkerungsentwicklung auch etwas auf die Bremse getreten. Es ist spürbar, dass Stadtrat und Verwaltung dort sparen, wo es überhaupt noch möglich ist. Die weitere Verschuldung muss aber dennoch im Auge behalten werden und bei künftigen Finanzvorlagen muss man sich hier im Rat wohl wieder vermehrt die Frage stellen, ob man sich dies leisten kann und will oder ob gegebenenfalls neu priorisiert werden muss. Seine Fraktion wird dem vorliegenden Budget 2018 einstimmig zustimmen.

Diego Stoll (SP) sagt, auch er möchte den Punkt betreffend den Sozialhilfekosten speziell hervorheben. Es ist allgemein bekannt und wohl unbestritten, dass Liestal als Zentrumsgemeinde überproportional betroffen ist. So geht jedes dritte Gesuch im Kanton in der Stadt Liestal ein und deshalb zahlt Liestal rund 10 % der gesamten Sozialhilfekosten im Kanton. Der einstimmige Hilferuf aller FIKO-Mitglieder an den Kanton ist deutlich: Es kann nicht sein, dass sich der Kanton aus der Verantwortung zieht und Liestal alleine lässt. Landrat und Regierungsrat werden gefordert sein, wenn sie die Ausgleichsinitiative nun ein zweites Mal behandeln. Auch die SP-Fraktion wird den Anträgen des Stadtrates und der FIKO zustimmen.

Beat Gränicher (SVP) gibt bekannt, dass auch seine Fraktion dem Budget zustimmen wird. Im Sozialhilfebereich ist wegen Kostenübernahmen bei den Flüchtlingen mit noch höheren Kosten zu rechnen und deshalb ist die Ausgleichsinitiative noch wichtiger geworden. Im Bildungsbereich haben wir nebst den Folgen von höheren Schülerzahlen noch mit den Konsequenzen unserer Gesetzgebung zu kämpfen, sind doch rund 80 % der Ausgaben fremdbestimmt.

## **6. Einzelredner: Gesamtwürdigung**

Es werden keine Wortbegehren angemeldet.



## 7. Anträge

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass im Zusammenhang mit dem Budget 2018 rechtzeitig der Einzelantrag von Benjamin Holinger (GL) gemäss § 50 des Geschäftsreglementes eingegangen ist. Die ER-Vorlage Nr. 2017/61c mit dem entsprechenden Antrag ist den Ratsmitgliedern mit E-Mail vom 16. Dezember 2018 zur Kenntnis gebracht und diese an der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt worden.

Das Abstimmungsprozedere wird etwas einfacher, weil die stadträtlichen Anträge von der FIKO und BPK unterstützt werden und von den vorberatenden Kommissionen auch keine Zusatzanträge gestellt wurden.

Nach der Beratung über die Anträge wird zuerst über den Einzelantrag von Benjamin Holinger (GL) und dann anschliessend über die Anträge gemäss Seiten 10 - 12 der stadträtlichen Vorlage Nr. 2017/61 abgestimmt.

### 7.1 Einzelantrag von Benjamin Holinger (GL)

Benjamin Holinger (GL) meint, dass der Antrag der Grünen Fraktion im Vorfeld der heutigen Sitzung etwas zu Unruhe und Unstimmigkeiten gesorgt habe, was weder gewollt noch Absicht war. Vor einer Woche wurde hier im Saal das Budget des Kantons beraten und seine Fraktion hatte Mühe damit, dass dem Staatspersonal der Teuerungsausgleich nicht gegeben wird. Auch die FIKO hatte bei der Budget-Beratung entschieden, dass keine Teuerung ausbezahlt wird. Die Grüne Fraktion möchte mit ihrem Antrag, dass dem Personal der Stadt Liestal im 2018 eine einmalige Gratifikation von 0,5 % vom Grundlohn ausbezahlt wird. Wir haben ein sehr bewegtes Jahr mit dem Rathausstrassen-Neubau, dem heftigen Abstimmungskampf betreffend dem QP Bahnhofcorso hinter uns. Die Stadt Liestal hat viele schwierige Bedingungen wegen dem Kanton hinter und auch vor sich, wo man wenig Handlungsspielraum hat. Es ist aber der alleinige Entscheid des Einwohnerrates, ob er den Mitarbeitenden eine Teuerungszulage zugestehen möchte oder ob er diese mit einem finanziellen Zustupf in Form einer Gratifikation als Anerkennung für die geleisteten guten Arbeiten und Einsätze honorieren möchte. Bei einem Einkommen von rund CHF 60'000.-- hätte ein Mitarbeiter der Stadt im 2018 wegen der fehlenden Teuerungszulage rund CHF 300.-- weniger Lohn. Die 0,5 % der beantragten Gratifikation würden in der Gesamtsumme der Betrag von rund CHF 120'000.-- ausmachen und dieser Betrag ist im Vergleich mit anderen Budget-Positionen auch nicht gar so viel. Und vielleicht müssten wir uns im Zusammenhang mit der Stadtentwicklung fragen, ob es sich schlussendlich um eine gesunde Wachstumsstrategie handelt, wenn wir es nicht einmal schaffen, den Mitarbeitenden eine Teuerungszulage auszubezahlen. Er wäre froh und dankbar, wenn der Rat seinem Antrag zustimmen würde.

### 7.2 Stellungnahme Stadtrat zu Berichten und Anträgen

Stadtrat Daniel Spinnler dankt für den Antrag, bietet dieser doch dem Stadtrat die Möglichkeit, dass sich dieser zur Personalpolitik und den vorhandenen Instrumenten äussern kann, mit welchen die Stadt seine Wertschätzung gegenüber den Mitarbeitenden ausdrücken kann. Es wäre auch etwas zu einfach, würde der Stadtrat an seinem Antrag festhalten, dem Kanton zu folgen. Rückblickend kann man schon von einem arbeitsintensiven und aussergewöhnlichen Jahr 2017 reden und der Stadtrat ist sich durchaus der wertvollen Arbeit und Unterstützung seiner Mitarbeiter bewusst und dafür möchte er diesen an dieser Stelle doch den besten Dank aussprechen. Es ist ein alter Konsens des Stadtrates und Einwohnerrates, dass sich die Stadt an der Personalpolitik des Kantons orientiert. Entgegen dem Landratsbeschluss hatte aber der Einwohnerrat vor ein paar Jahren auch schon auf die Streichung der Teuerung verzichtet. In der Vergangenheit hatte die Stadt Liestal verschiedene Massnahmen beschlossen und durchgeführt, welche nachhaltige finanzielle sowie materielle Vorteile für die Mitarbeitenden mit sich brachten. Vor 2 Jahren wurde eine Pensionskassensanierung

beschlossen und eine Deckungslücke von 24 Mio. CHF genehmigt, damit die Renten gesichert sind. Im Jahr 2017 wurden weitere 8 Mio. CHF für die Pensionskassen-Deckungslücke zugestanden. Im Gegensatz zum Kanton hatte die Stadt vor einem Jahr die Lohnreduktion von 1 % nicht nachvollzogen. Auch werden jährlich Realloohnerhöhungen ausbezahlt, was rund 0,8 % in Form von Erfahrungsstufen-Anstiegen ausmacht. Für aussergewöhnliche Leistungen wurden auch dieses Jahr Sonderprämien ausbezahlt. Und Personalpolitik ist nicht immer gleich Lohnpolitik, denn es muss doch immer das Gesamtpaket betrachtet werden, welches ein Arbeitnehmer als Gegenleistung für seinen Einsatz erhält. So bringt beispielsweise die Weiterausbildung sicher auch Vorteile zu Gunsten der Mitarbeitenden mit sich. Auch wurde eine betriebliche Sozialberatung eingeführt, bei welcher sich die Mitarbeitenden bei Anliegen verschiedenster Arten melden können. Dem Stadtrat ist es wichtig, dass er gut motivierte Mitarbeitende hat. Der Stadtrat muss aber in seiner Gesamtverantwortung auch den Gesamthaushalt anschauen und ist ebenfalls der Bevölkerung verpflichtet. Der Stadtrat beantragt dem Rat, den Antrag der Grünen Fraktion abzulehnen.

### 7.3 Fraktionssprecher

Fabian Eisenring (SP) informiert als FIKO-Präsident darüber, dass der Einzelantrag auch von der FIKO vorgängig der heutigen Sitzung besprochen und von dieser ebenfalls festgestellt wurde, dass die Stadt Liestal über kompetentes und gutes Personal verfüge. Die Kommission empfiehlt dem Rat mit 6 Ja- gegen 2 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung den Einzelantrag abzulehnen.

Thomas Eugster (FDP) erklärt, dass es sich beim Einzelantrag um ein Finanzgeschäft handelt und sich die BPK deshalb auch nicht zum Antrag äussert.

Bruno Imsand (FDP) orientiert, dass seine Fraktion den Antrag einstimmig ablehnen wird. Ergänzend zu den Ausführungen des Stadtrates möchte er festhalten, dass man die Löhne und den Teuerungsausgleich immer am Landesindex der Konsumentenpreise misst, schlussendlich ist aber doch der Benchmark entscheidend. Ende 2010 wurde letztmals die Teuerung ausgeglichen und bis heute ist der Index um zwei Prozent gefallen, demnach hätte auch eine Lohnsenkung um zwei Prozent vorgenommen werden müssen, was aber ja nicht der Fall war. Neben den bereits erwähnten grösseren Pensionskassen-Aufwendungen durch die Stadt als Arbeitgeberin wird der Rat bereits nächstes Jahr wiederum mit einer Sondervorlage beglückt, bei welcher es um die Senkung des Umwandlungssatzes geht, was die Stadt wiederum Geld kosten wird. Der Kanton hat seinen Mitarbeitenden die Löhne um 1 Prozent gekürzt, darauf hatte Liestal aber verzichtet. Im Jahr 2012 hatte Liestal zudem eine fünfte Ferienwoche eingeführt, ohne dass sich die Arbeitnehmer daran hätten finanziell beteiligen müssen, obwohl eine Woche Ferien rund 2,5 % ausmacht. Gesamthaft gesehen kann man sicher nicht sagen, dass Liestal eine schlechte Arbeitgeberin ist. Auch zahlt die Liestal beispielsweise eine Erfahrungsstufe aus, was wiederum etwa 0,8 % der Lohnsumme entspricht. Auch diese Entschädigung wird unabhängig von der Leistung ausbezahlt, was ja im Vergleich mit der Privatwirtschaft doch auch unüblich ist.

Hans Rudolf Schafroth (SVP) unterstützt die Voten der Vorredner und hält fest, dass Liestal beispielsweise bei der Lohnkürzung von 1 % des Kantons nicht mitgemacht hatte und man auch andere Entgegenkommen der Stadt Liestal gegenüber den Arbeitnehmern in den vergangenen Jahren wohl doch immer wieder vergisst. Die Stadt Liestal hatte sich betreffend der Teuerungsauszahlung usw. mit wenigen Ausnahmen immer an die Landratsentscheide gehalten und ist damit auch gut gefahren. Die Mitarbeitenden der Stadt machen einen guten Job und sind dafür auch immer wieder honoriert worden. Seine Fraktion wird den Antrag ebenfalls ablehnen.

Bernhard Bonjour (SP) äussert, seine Fraktion sei sich in einigen Punkten auch nicht einig mit dem Antragsteller. Es ist wichtig und richtig, dass gute Arbeit gelobt und auch verdankt wird. Es ist für die Stadt Liestal auch lobenswert, dass sie nicht alle Entscheide des Kantons mitträgt und beispielsweise linear die Löhne um 1 % kürzt oder gar Stellen streicht, denn solche Massnahmen bringen eine grosse Unzufriedenheit und ein schlechtes Arbeitsklima als Konsequenz mit sich. Und doch sollen Forderungen von Mitarbeitenden nicht alljährlich immer wieder missachtet und beispielsweise mit der schlechten Finanzlage begründet werden. Auch muss man aufpassen, dass man Lohnstufenanstiege nicht mit Teuerungszulagen oder Lohnerhöhungen vergleicht. Die fünfte Ferienwoche ist auch nicht mit der Idee und Absicht beschlossen worden, dass in der Folge mehr Personal angestellt wird. Das heisst deshalb, dass die Mitarbeitenden folglich schneller und effizienter arbeiten müssen, damit die zusätzliche Ferienwoche wieder kompensiert werden kann. Grundsätzlich ist seine Fraktion schon dafür, dass die Teuerung ausgeglichen wird, doch ist man sich betreffend dem vorliegenden Antrag nicht einig, da dieser ja auch nicht nachhaltig ist. Seine Fraktion wünscht sich, dass der Rat gemeinsam zu einem Konsens hinschaffen und einen Teuerungsausgleich bezahlen würde. Die SP-Fraktionsmitglieder werden deshalb nach der heutigen Debatte selbst entscheiden, ob sie nun den Antrag unterstützen möchten oder nicht.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) dankt dem Antragsteller für den unterbreiteten Vorschlag, hatte dieser doch einige Diskussionen ausgelöst. Schade ist nur, dass dieser Antrag nicht schon ausführlicher in der Finanzkommission diskutiert werden konnte. Seine Fraktion kann insbesondere das Votum des FDP-Fraktionssprechers unterstützen und wird deshalb den Antrag ablehnen.

### 7.3 Einzelsprecher

Benjamin Holinger (GL) schätzt es, dass der Einwohnerrat seinen Antrag sachlich diskutiert hatte. Auch soll nicht der Eindruck entstehen, dass seine Fraktion der Meinung ist, dass die Stadt Liestal eine schlechte Arbeitgeberin sei. Sein Begehren wird vermutlich bei der nächsten Budget-Beratung wieder zur Diskussion stehen.

### 7.4 Abstimmung über Anträge

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

Er wird nun zuallererst über den Einzelantrag von Benjamin Holinger (GL) und erst dann über die stadträtlichen Anträge gemäss Seiten 10 - 12 der Vorlage Nr. 2017/61 abstimmen lassen, welche gemäss Berichten der FIKO und BPK zur Genehmigung beantragt werden.

- ://: Der Einzelantrag von Benjamin Holinger der Grünen Fraktion, dass dem gesamten Personal der Stadt Liestal eine einmalige Gratifikation von 0,5 % ausbezahlt wird, wird mit 10 Ja-Stimmen gegen 27 Nein-Stimmen bei 1 Enthaltung abgelehnt.
- ://: Das Jahresprogramm 2018 wird vom Rat einstimmig zur Kenntnis genommen.
- ://: Der Steuerfuss, die Steuersätze sowie die Feuerwehersatzabgaben 2018 werden einstimmig beschlossen.
- ://: Einstimmig wird von den im Jahre 2018 geltenden Gebühren für den Wasserbezug, die Abwasserbenützung, die Kehrichtsackgebühr sowie Hundehaltung Kenntnis genommen.

- ://: Dem Antrag wird mit 27 Ja-Stimmen gegen 8 Nein-Stimmen bei 3 Enthaltungen zugestimmt, den Teuerungsausgleich für die Besoldung des Verwaltungspersonals auf 0,0 % festzulegen.
- ://: Die Erfolgsrechnung sowie die Investitionen 2018, für die keine Sondervorlagen erstellt werden müssen, werden antragsgemäss einstimmig genehmigt.

**115 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**3. Sicheres Velofahren auf Kantonsstrassen - Zweiter Bericht  
Stadtrat zum Postulat der Bau- und Planungskommission für si-  
cheres Velofahren auf den Kantonsstrassen in Liestal (Nr.  
2011/152)**

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass vom Rat das Eintreten nicht bestritten wird.

Thomas Eugster (FDP) nimmt als BPK-Präsident Bezug auf den stadträtlichen Bericht zum BPK-Postulat gemäss Vorlage Nr. 2011/152b und stellt fest, dass dem Bericht des Stadtrates entnommen werden kann, dass doch einiges gegangen ist. Mit den Instandstellungsarbeiten bei der Rheinstrasse, Arisdörferstrasse usw. hat der Kanton jeweils seine Verantwortung wahr genommen und Velofahrstreifen ausgeschieden. Auch wird im Bericht die angenommene Landratsvorlage Nr. 2017-008 betreffend der Übernahme und dem Ausbau verschiedener Strassen in Liestal erwähnt und dabei sind die Anliegen betreffend den Velofahrern auch mitberücksichtigt und dem Stadtrat Liestal ein Mitspracherecht eingeräumt worden. Auch hatte man beispielsweise bei der Quartierplanung Aurisa genügend Land reserviert, damit später ein Veloweg realisiert werden kann. Er kann dem Antrag des Stadtrates zustimmen und empfiehlt dem Rat die Abschreibung des BPK-Postulates Nr. 2017/152.

Meret Franke (GL) meint, ihre Fraktion habe vom zweiten Stadtratsbericht ebenfalls Kenntnis genommen, wenn auch der Inhalt nicht ganze befriedige. Ihre Fraktion hoffe und nehme an, dass spätestens nach Klärung der Strassen-Besitzverhältnisse der Stadtrat alles Mögliche auf seinen Strassen zu Gunsten der Velofahrer unternimmt. Der Postulatsabschreibung wird man zustimmen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) bemerkt, auch die Mittefraktion erkläre sich grösstenteils bereit, dass das Postulat nun abgeschrieben wird, zumal die Anliegen des Postulates auch im zwischenzeitlich beschlossenen Strassennetzplan enthalten sind. Dem stadträtlichen Bericht kann entnommen werden, dass bei der Erzenbergstrasse und Fraumattstrasse in den kommenden Jahren wenig passieren wird, da der Kanton diese Strassen der Stadt abgeben wird. Es ist schon schade, dass der Stadtrat beim Kanton nichts erreichen konnte, damit dieser etwas unternimmt. Dass nach dem Eigentümerwechsel dann auch nichts passieren wird, wirft doch Fragen auf.

Patrick Mägli (SP) dankt namens der SP-Fraktion für den neuen Stadtratsbericht. Das Velowegnetz von Liestal ist nach wie vor nicht ideal und hat noch viel Luft nach oben, gerade im Vergleich mit anderen Gemeinden des Kantons. Das gilt namentlich auch für die mit dem Postulat angesprochenen Kantonsstrassen. Es stimmt, dass im Bereich Fraumattstrasse, Erzenbergstrasse und Kasernenstrasse einzelne Verbesserungen vorgenommen wurden. Vieles bleibt ein Flickwerk, was teilweise mit dem Kanton selber und natürlich auch mit den engen städtischen Verhältnissen in Liestal zu tun hat. Seine Fraktion wünsche sich, wenn man im Bereich Veloverkehr noch zielgerichteter und etwas weniger mit Pflasterlipolitik agieren würde. Zuversichtlich stimmt, dass Liestal mit dem aktualisierten Strassennetzplan Langsamverkehr doch ein Instrument hat, welches langfristig doch auch ein Velowegkonzept beinhaltet. Der Postulatsabschreibung werde man ebenfalls zustimmen.

Thomas Eugster (FDP) bemerkt, dass die FDP-Fraktion den stadträtlichen Anträgen ebenfalls zustimmen wird. Seinem Vorredner möchte er doch mitgeben, dass dieser doch beachten sollte, dass es beim BPK-Postulat um die Kantonsstrassen ging und das sichere Velofahren auf Gemeindestrassen dann doch wieder eine andere Geschichte ist.

Markus Rudin (SVP) findet, dass betreffend den Velofahrwegen in den letzten Jahren doch einige Verbesserungen vorgenommen wurden. Und auch bei den verschiedenen Quartierplanungen war der Langsamverkehr immer wieder ein Thema, wurden doch Landreserven für die spätere Realisierung von Velowegen geschaffen usw. Und nur das markieren von Velowegstreifen bei bestehenden Strassen und ohne zusätzlichen Platz dürfte auch keinen Sinn machen. Seine Fraktion wird den stadträtlichen Anträgen zustimmen.

Stadtrat Franz Kaufmann meint, die Hauptbotschaft ist angekommen, dass man alte Vorstösse erledigt und abschreibt, damit man wieder mehr Luft bekomme. Bei der Kasernenstrasse ist es mit dem neuen Vorstoss „Sicherheit auf der Kasernenstrasse“ bereits zu einer Überlagerung gekommen ist. Auf der Rheinstrasse ist es zu deutlichen Verbesserungen gekommen und es ist vermutlich auch verständlich, dass der Kanton vor der Abtretung der Erzenbergstrasse und Fraumattstrasse an die Stadt nicht mehr viel unternehmen wird. Es ist eine Daueraufgabe vom Stadtbauamt, dass sich dieses beim Kanton für einen sicheren Veloverkehr einsetzt. Man muss aber doch realistisch bleiben, denn trotz allen möglichen Bemühungen wird Liestal wohl nicht zum Eldorado für Velofahrer werden.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Geschäft keine weiteren Wortbegehren mehr angemeldet werden.

://: Der Rat nimmt einstimmig Kenntnis vom stadträtlichen Bericht gemäss Vorlage Nr. 2011/152b.

://: Das Postulat Nr. 2011/152 der BPK wird mit 37 Ja-Stimmen bei Nein-Stimme bei 1 Enthaltung als erfüllt abgeschrieben.

**116 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**4. Pumptrack - Interpellation „Ein Pumptrack für Liestal“ von Singoh Nketia und Dominique Meschberger namens der SP-Fraktion (Nr. 2017/63)**

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut:

*Singoh Nketia  
Dominique Meschberger  
namens der SP-Fraktion*

*Liestal, 19. Oktober 2017*

*Interpellation  
**Ein Pumptrack für Liestal***

*Der Sportliche Ausgleich zum Arbeits- oder Schulalltag ist wichtig für mentale und körperliche Gesundheit. Körperliche Tätigkeit schafft Zufriedenheit und Ausgeglichenheit. Eine Stadt sollte alles daran setzen, ihren Bewohnern diesen Ausgleich ohne grossen Aufwand (materiell oder zeitlich) zu ermöglichen und somit den Gesundheitsstandart hoch zu halten.*

*Einige Angestellte der Jugendarbeit Liestal erhoffen sich schon längere Zeit, die Möglichkeit, einen Pumptrack in Liestal fest einzurichten. Als ideale Ergänzung zur Streetworkanlage trägt er zu Aktivität und Gesundheit der Jugendlichen bei und fördert den Spass am Velofahren.*

*Der Pumptrack erfordert keine besonderen Fähigkeiten. Er kann mit Bikes, BMX, Trottinettes, Skateboards und Inlineskates genutzt werden und fördert Geschicklichkeit, Gleichgewicht, Kraft und Ausdauer.*

*Ideen zu Mittelbeschaffung, Örtlichkeit und Umsetzung dieses Projektes sind bei der Jugendarbeit bereits vorhanden.*

- 1. Würde der Stadtrat die Einrichtung eines fest installierten Pumptracks in Betracht ziehen?*
- 2. Wäre er bereit den entsprechenden Platz zur Verfügung zu stellen und den finanziellen Aufwand zu übernehmen?*
- 3. Könnte in Zusammenarbeit mit der Jugendarbeit ein solches Projekt in Angriff genommen werden?*

*Singoh Nketia, SP-Fraktion*

*Dominique Meschberger, SP-Fraktion*

\* \* \* \* \*

Stadträtin Regula Nebiker nimmt Bezug auf die Fragen der Interpellanten und beantwortet diese wie folgt:

Zur Frage 1: Ja, das würde der Stadtrat sehr gerne tun. Das Bedürfnis ist bereits schon vor ein paar Jahren in der Jugendkommission thematisiert worden, doch steht „würden“ ja im Konjunktiv.

Zur Frage 2: Ja, auch einen Platz würde der Stadtrat gerne zur Verfügung stellen, wenn er einen solchen hätte. Weitere Ideen betreffend der Platzsuche werden gesucht. Gemäss den vorgängig beim Budget gemachten Aussagen fehlen der Stadt aber für solche Projekte auf jeden Fall die finanziellen Mittel.

Zur Frage 3: Ja, ein solches Projekt könnte in Zusammenarbeit mit der Jugendarbeit in Angriff genommen werden. Der Stadtrat ist offen für Ideen und Vorschläge.

Singoh Nketia (SP) dankt als Interpellant/in für die Antwort und wünscht die Diskussion.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass die Diskussion im Rat unbestritten ist.

Singoh Nketia (SP) führt aus, dass er sich für die Abklärungen des Stadtrates bedanke und ihn die grundsätzlich positiven Antworten freuen, obwohl dieser weder Geld noch Plätze zur Verfügung stellen kann. Ein Pumptrack ist eine sogenannte Velo-Teerbahn, welche aber auch mit Rollschuhen, Trotinetts usw. befahren werden kann. Für eine solche Anlage bedarf es einer Fläche von rund 1'000 m<sup>2</sup>, was eben nicht einfach ist. Eine solche Anlage gilt als Spielplatz und kann auch ohne Aufsicht benützt werden. Der Verein Bike Liestal hat zusammen mit der Jugendarbeit beim Kanton auch schon weitere Abklärungen getroffen. So ist als Areal der Deckel der Rheinstrassen-Umfahrung angedenkt. Die Kosten belaufen sich auf rund CHF 150'000.-- und man ist bereits auf der Suche nach möglichen Sponsoren, Fonds usw. Gemäss Aussagen von Sachverständigen ist bei der Realisierung einer Pumptrack meist der Platz und nicht die Finanzierung das grössere Problem.

Lisa Faust (GL) führt aus, dass ihre Fraktion die Idee einer solchen Sport- und Freizeitanlage für Jugendliche gut finde. Man ist nun gespannt, ob sich doch noch alternative Alternativen zur Mittel- und Platzbeschaffung auftun.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) informiert, auch die Mittefraktion finde eine solche Anlage eine gute Sache, zumal eine solche Anlage beim späteren Unterhalt nicht so kostenintensiv ist. Die Stadt kann nicht alles finanzieren, könnte aber das Projekt doch beispielsweise als Vermittlerin unterstützen.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Vorstoss und Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2017/63.*



**117 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**5. Kunststoffrecycling - Schriftliche Antwort Stadtrat zur Interpellation „Kunststoffrecycling in Liestal - wie weiter?“ von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2017/66)**

Ratspräsident Stefan Frael (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass die Interpellation wunschgemäss vom Stadtrat mit Vorlage Nr. 2017/66a schriftlich beantwortet wurde.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) sagt als Interpellantin, dass sie die Diskussion wünsche.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) dankt als Interpellantin für die schriftliche Beantwortung ihres Vorstosses durch den Stadtrat. Nachdem sie kürzlich einen Kassenbericht-Beitrag zu diesem Thema gesehen hatte, ist ihr auch klar geworden, dass die Sammlung und dann die Verwertung von Kunststoffen zweierlei Dinge sind, zumal die Verwertung eine doch recht komplexe Angelegenheit ist. Sie würde es natürlich schon interessieren, welche Lösungen der Anbieter den Stadtrat nicht überzeugen konnten. Hat man beispielsweise die Lösung der Gemeinde Allschwil mit eigener Sammlung angeschaut? Ein Kosten- und Nutzen-Vergleich würde durchaus Sinn machen. Schade, dass die Finanzen im Vordergrund stehen. Ein ökologischer Nutzen besteht beim Kunststoffrecycling trotzdem und könnte im Vergleich zu den Finanzen auch höher gewertet werden. Jede Sammlung war mal teuer, bis sie sich etablieren konnte. Sie ist nun gespannt auf den Beitrag zu diesem Thema im Liestal aktuell vom Februar 2018.

Daniel Spinnler hält als Stadtrat fest, dass die Fragen nach Interpellationseingang vom Stadtrat doch relativ kurzfristig beantwortet werden mussten und er noch einige Punkte festhalten möchte. Nach dem Info-Anlass vom 20. September 2017 und dem Kassensturzbericht vom 14. November 2017 kommt er doch zum Ergebnis, dass es sich beim Kunststoff-Recycling um einen Etikettenschwindel handelt und man sich schwergewichtig wohl eher dem Kunststoff-Verbrauch widmen sollte. Beim Recycling ist alleine schon die Sammlung und Trennung der verschiedenen Plastiken recht komplex. Das Abfuhr- und Entsorgungssystem von Allschwil und weiteren Gemeinden wurde auch angeschaut und dabei konnte man feststellen, dass die Sonderabfahren mit Lastwagen doch recht teuer sind. Dass die Kunststofftransporte ins Ausland und die Verwertung sich mit den ökologisch guten Absichten nicht vereinbaren lassen, wurde ja beispielsweise schon im erwähnten Kassensturz-Bericht thematisiert. Die Preise im Plastikmarkt sind stark gefallen, nachdem China keine Einfuhren mehr bewilligte. Vorgezogene Recyclinggebühren würden wohl eher Sinn machen, wie man dies bei den Elektronikartikeln bereits kennt. Rund die Hälfte des Abfallsack-Volumens sind Verpackung und würde dieser Anteil wegfallen, so würde man auch weniger Abfallgebührenmarken verkaufen. Das Gewichtsanteil der Verpackungen beträgt aber nur rund 10 Prozent und in der Folge würde ebenfalls die Abfallkasse massiv darunter leiden, da ja die Stadt die Abfallentsorgung nach Gewicht und nicht nach Volumen zu bezahlen hat. Es ist ja toll, wenn wir Innovationen betreiben, doch im Zusammenhang mit dem Kunststoffrecycling ist das im Moment gar nicht so einfach. Weitere detaillierte Informationen zu diesem Thema können im nächsten Liestal aktuell vom Februar entnommen werden.

Natalie Oberholzer (GL) führt aus, auch sie habe die Podiumsveranstaltung im September besucht und kann den Aussagen sowie Meinungen des Stadtrates zustimmen. Auch aus Sicht der Grünen Fraktion sind die von den privaten Anbietern massiv propagierten Gemischtsammlungen ökologisch und auch ökonomisch wenig sinnvoll. Separate Sammlungen in Verkaufsgeschäften setzen die Gemischtsammlungen zunehmend unter Druck. Gemischtsammlungen haben eine niedrige stoffliche Wiederverwertungsrate und deshalb muss immer

noch ein grosser Anteil davon deponiert oder verbrannt werden. Dies passiert zu einem grossen Teil im Ausland und so weiss man nicht, was mit exportierten Kunststoff schlussendlich passiert. Ihre Fraktion ist mit den stadträtlichen Antworten sehr zufrieden und begrüsst die angekündigte vermehrte Öffentlichkeitsarbeit betreffend Recycling und Vermeidung von Plastik sehr.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zur Interpellation keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2017/66.*

**6118 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**6. Kitas-Subjektfinanzierung - Schriftliche Antwort Stadtrat zur Interpellation „Neue Subjektfinanzierung Kitas - Elternbeiträge seit 1.1.2016“ von Vreni Wunderlin der CVP/EVP/GLP-Fraktion (Nr. 2017/67)**

Ratspräsident Stefan Frael (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass die Interpellation wunschgemäss vom Stadtrat mit Vorlage Nr. 2017/67a schriftlich beantwortet wurde.

Die stadträtliche Vorlage ist mit E-Mail des Ratsschreibers vom 13. Dezember 2017 den Ratsmitgliedern zur Kenntnis gebracht und an der heutigen Sitzung als Tischpapier verteilt worden.

Stadträtin Regula Nebiker hält ergänzend zum schriftlich vorliegenden Bericht fest, dass es der Stadtrat begrüsst hatte, Antworten zu den gestellten Fragen geben zu können. Der Systemwechsel zur Subjektfinanzierung ist zwar mit einem administrativen Mehraufwand verbunden, erfreulicherweise können aber vermehrt beide Elternteile einem Erwerb nachgehen. Auch der Einwohnerrat könnte sich auch über nachhaltigere Lösungen und ergänzende Angebote betreffend familienexternen Betreuungsangeboten Gedanken machen, hatte doch der Bund letzte Woche mit Berichten über die positiven Effekte solcher Anschubfinanzierungen berichtet.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) sagt als Interpellantin, dass die Diskussion erwünscht wird.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt nach Umfrage fest, dass die Diskussion unbestritten ist.

Vreni Wunderlin (CVP/EVP/GLP) erklärt als Interpellantin, dass Eltern wegen den kundenunfreundlichen, zum Teil bestrittenen sowie komplizierten Berechnungen wegen Unstimmigkeiten schlussendlich auch schon auf Subventionen verzichtet hatten. Das kann es ja wohl nicht sein. Und wie kann sicher gestellt werden, dass Eltern nicht von mehreren Seiten subventioniert werden? Auch ist es nicht nachvollziehbar, weshalb nur Kinder im Frühbereich subventioniert werden. Wie stellen sie die Kosten von rund CHF 221'000.-- im Detail zusammen? Ist darin beispielsweise auch die Software-Anschaffung enthalten? Was passiert mit dem nicht ausgeschöpften Budget-Betrag? Wird dieser vielleicht ins nächste Jahr transferiert? Wie gross ist der Subventionsanteil bei Antragstellern mit höheren oder tieferen Einkommen? Sie ist gespannt auf die diesbezüglichen Erhebungen.

Stadträtin Regula Nebiker meint, sie habe verschiedene Folgefragen der Interpellantin nicht ganz verstanden, versuche aber doch, einige davon beantworten zu können. Es gibt keine Mehrfachfinanzierungen der Stadt Liestal. Die Nahtstelle zwischen Kindergarten und Schuleintritt muss systematisch geändert werden. Nicht beanspruchte Budget-Posten können nicht auf das Folgejahr übertragen werden. Die erwähnte Software ist bezahlt und auch tauglich.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zur Interpellation keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

*Erledigt nach der stadträtlichen Beantwortung der Interpellation Nr. 2017/67.*

**119 0.01.011.01 Einwohnerrat**

**7. Fahrplankonferenz - Interfraktionelles Postulat von Hanspeter Meyer namens der SVP-Fraktion und von Rolf Gutzwiller der CVP/EVP/GLP-Fraktion betreffend Wiedereinführung der Liestaler Fahrplankonferenz (Nr. 2017/68)**

Das Postulat hat folgenden Wortlaut:

Hanspeter Meyer, namens der SVP-Fraktion  
Rolf Gutzwiller namens der CVP/EVP/GLP-Fraktion

20. November 2017

*Interfraktionelles Postulat*

**Betreffend Wiedereinführung der Liestaler Fahrplankonferenz**

*Das Verfahren betr. Fahrplangestaltung ist jeweils sehr komplex. Damit die Wünsche der Regionen möglichst berücksichtigt werden, sind grosse Anstrengungen seitens Politik und Wirtschaft nötig. Diverse Regionen in der Schweiz sind deshalb sehr aktiv und bearbeiten dieses Gebiet in einem grösseren und auch öffentlichen Rahmen.*

*In Liestal resp. beim Kanton wird die Fahrplangestaltung sehr zurückhaltend und stiefmütterlich behandelt. Das führt dazu, dass wir immer wieder Verschlechterungen resp. keine Verbesserungen hinnehmen müssen. Das jüngste Beispiel: Gemäss Medienmitteilungen soll die Verbindung Basel-Tessin mit einem Zug nach Locarno ergänzt werden, mit Halt in Olten, Luzern, Arth Goldau und Bellinzona. Die Baselbieter Metropole wird einmal mehr nicht berücksichtigt.*

*Weiteres Beispiel: Im Gespräch ist die heutige Verbindung nach Luzern. Hier existieren Pläne, diesen Zug nur noch bis Zofingen (wie auch schon) zu führen. Zu erwähnen ist auch der Wegfall der Direktverbindung ins Wallis. Liestal muss sich endlich zur Wehr setzen, damit unser «neuer» Bahnhof nicht zum Provinz-Bahnhof degradiert wird. Vermehrte Fernverkehrshalte in Liestal wirken sich auch positiv auf den chronisch überlasteten Bahnhof Basel SBB aus.*

*Es ist uns bewusst, dass die Postulate 2016-07 zum Fahrplan 2025 und 2017-40 zum FV-Konzept BAV in ähnlicher Sache hängig ist. Die Beantwortung wird seit Monaten immer wieder hinausgeschoben, weshalb wir mit einem neuen Vorstoss bewirken möchten, dass endlich Schwung in diese Angelegenheit kommt. Wir meinen, dass mit der Wiedereinführung der Liestaler Fahrplankonferenz und aller mit unserem Mittelzentrum als Umsteigeort verbundenen Gemeinden unsere Anliegen breiter abgestützt würden, eine stärkere Medienpräsenz erhielten und bei den zuständigen Stellen mit grösserem Nachdruck deponiert werden können.*

*Deshalb stellen wir folgenden Antrag:*

*Der Stadtrat wird eingeladen, eine Fahrplankonferenz für das Mittelzentrum Liestal einzuführen.*

\* \* \* \* \*

Stadtrat Franz Kaufmann erklärt, dass der Stadtrat gewillt ist, das Postulat zu übernehmen, obwohl zum gleichen Thema bereits ein älterer Vorstoss hängig ist. Im Vorstoss wird ein Antrag gestellt und ein solcher ist ja nur bei Motionen möglich. Es sollte deshalb wohl eher heissen, dass der Stadtrat dazu eingeladen wird, die Einführung einer Fahrplankonferenz für das Mittelzentrum Liestal zu prüfen.

Hanspeter Meyer (SVP) dankt als Postulant für das stadträtlich Entgegenkommen und stimmt dem Änderungsvorschlag zu, dass der Vorschlag der Postulanten vom Stadtrat zu prüfen wäre und nicht verbindlich einzuführen ist, wie dies mit einer Motion bzw. einem Antrag verlangt werden könnte. Zum Vorstoss selber möchte er ergänzend festhalten, dass diejenigen Regionen, welche sich zu wenig um ihre Fahrpläne kümmern und wehren, oftmals das Nachsehen haben. Eine Fahrplankonferenz hatte schon einmal in Liestal bestanden und diese hatte sich mit Vertretern aus der Wirtschaft, der Stadt, dem Kanton, der SBB, der Waldenburgerbahn sowie Fahrplanexperten usw. zusammengesetzt. Dies wurde bei Bedarf, das heisst bei Vorliegen von Fahrplan-Entwürfen einberufen. Dieses Gremium könnte gar noch mit Vertretern von Basel und der Nordwestschweiz ergänzt werden. Ihm ist auch nicht bekannt, ob beispielsweise auf der Stadtverwaltung Liestal überhaupt noch ein Fahrplan-Experte existent ist. Liestal bekommt schon bald einen neuen Bahnhof und das Schlimmste wäre ja schon, wenn in diesem keine Züge mehr anhalten würden. In den letzten Jahren mussten in Liestal und auch Basel verschiedene Verschlechterungen hingenommen werden, deshalb wäre es wichtig, man würde sich wieder vermehrt Gehör verschaffen. Den Postulanten ist wichtig, dass Liestal zum Mittezentrum betreffend den künftigen Fahrplangestaltungen wird.

Rolf Gutzwiller (CVP/EVP/GLP) teilt als Mitpostulant mit, dass Liestal vordergründig beim nationalen Fernverkehr eigentlich gut bedient ist. Der Bundesrat hat ja eine Erhöhung des Verkehrsangebotes mit einem Wachstum bis zu 60 Prozent in den Jahren 2020 - 2030 beschlossen. Wenn man nun aber die daraus resultierenden Fahrplanpläne betrachtet, schaut Liestal im Vergleich zu anderen Mittezentren in die Röhre. So entfallen beispielsweise die Direktverbindungen nach Luzern und bei der Direktverbindung nach Zürich sind weitere Zugs-halte vorgesehen. Einzig der Viertelstunden-Takt nach Basel ist als Verbesserung geplant. Es gibt verschiedene Indizien, welche für Liestal problematisch werden könnten. Der Kanton hat ja den Auftrag sich mit dem Regional- und nicht mit dem Fernverkehr zu befassen. Liestal muss sich wehren und auch die Agglomerationsgemeinden einbinden, ist Liestal doch ein wichtiger Umsteigeort für rund 80'000 Einwohner der Region.

Dominic Odermatt (FDP) äussert, auch seine Fraktion wird der Postulatsüberweisung zustimmen. Liestal muss sich vermehrt Gehör verschaffen und dabei auch die umliegenden Gemeinden ins Boot holen.

Patrick Mägli (SP) führt aus, dass Liestal der wichtigste Knotenpunkt des öffentlichen Verkehrs im oberen Baselbiet ist. Auch haben 70 % der Stimmenden sich Ende November bei der Abstimmungsvorlage QP Bahnhofcorso für einen neuen Bahnhof ausgesprochen und dieses eindeutige Votum darf durchaus auch als Auftrag an die Politik für bessere Bahnverbindungen verstanden werden. Seine Fraktion wird deshalb alle Bestrebungen für bessere öV-Anschlüsse unterstützen und somit auch der Postulatsüberweisung zustimmen.

Stadtrat Franz Kaufmann merkt an, dass der Stadtrat nicht einfach nichts tue, sondern beispielsweise alle Fahrplanvernehmlassungen von Karl Meier und Rolf Gutzwiller geprüft werden, bevor sich der Stadtrat basierend auf diesen Berichten im Rahmen der Vernehmlassungsverfahren äussert. Hier im Saal sitzen auch zwei Landratsmitglieder und Liestal als Zentrumsgemeinde sowie Kantonshauptort müsste doch auch vom Kanton unterstützt werden, zumal der Stadtrat auch nicht all die Zentrumsprobleme alleine lösen kann.

Thomas Eugster (FDP) fühlt sich als Landrat angesprochen und kann versichern, dass man sich mit Vorstössen im Kanton auch aktiv für Liestal einsetzt. Wichtig ist, dass Liestal als Zentrumsgemeinde und Verkehrsknotenpunkt vermehrt wahrgenommen wird. Betreffend den Schnellzughalten hat man es als Landregion auch beim Bund nicht immer einfach und der Kanton ist grundsätzlich nur für die Verkehrslösungen innerhalb des Kantons zuständig. Die im Postulat gewünschte Fahrplankonferenz kann eine gute Plattform sein, um sich Gehör verschaffen zu können.

Diego Stoll (SP) nimmt Bezug auf das vorgängige Votum von Stadtrat Franz Kaufmann und hält in seiner Funktion als Landrat fest, dass hier im Saal zwei und nicht drei Landratsmitglieder sitzen. Auch diese tun etwas für Liestal und er könnte ihm auch die diesbezüglichen Bestrebungen der hier anwesenden Landratsmitglieder gerne auch aufzeigen.

Sonja Niederhauser (CVP/EVP/GLP) glaubt, dass sich hier im Saal wohl alle einig sind, dass es wichtig ist, dass wir etwas machen und deshalb auch der Postulatsüberweisung zustimmen werden. Wir gehen immer vom Status Quo aus betreffend den Zuganschlüssen, Einwohnerzahlen etc. Der aktuellen Entwicklung Liestals mit immer mehr Einwohnern und Arbeitsplätzen müsste aber doch auch vermehrt Beachtung geschenkt werden. Die SBB versucht nun, Liestal auf den Viertelstunden-Takt mit Ausrichtung nach Basel zu reduzieren. Es ist aber doch genau das Gegenteil der Fall, denn wenn man beispielsweise in Muttenz wohnt und ins Mittelland will, so dürfte Liestal mit seinen Fernverkehrsanschlüssen doch zu einem wichtigen Verkehrsknotenpunkt werden.

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) stellt fest, dass zum Vorstoss und Geschäft keine weiteren Wortbegehren angemeldet werden.

://: Das Postulat Nr. 2017/68 „Fahrplankonferenz“ wird mit einstimmig vom Einwohnerrat an den Stadtrat überwiesen.

**NEUE VORSTÖSSE - Begründung**

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) hält fest, dass sich nun Ratsmitglieder, welche neue Vorstösse eingereicht hatten, diese gemäss § 44 des Geschäftsreglementes am Schluss der heutigen Sitzung noch mündlich begründen können.  
Er stellt nach Umfrage fest, dass davon niemand Gebrauch machen möchte.

\* \* \* \* \*

Ratspräsident Stefan Fraefel (CVP/EVP/GLP) schliesst die Ratssitzung und wünsche allen Ratsmitgliedern und Anwesenden frohe Festtage und einen guten Rutsch ins neue Jahr.  
Die nächste Ratssitzung findet am 31. Januar 2018 um 17.00 Uhr mit anschliessendem Jahreschlussessen im Restaurant „Pine“ statt.

Schluss der Sitzung: 19.45 Uhr

Für den Einwohnerrat

Der Präsident

Stefan Fraefel

Der Ratsschreiber

Marcel Jermann